



CDU

FRAKTION IN DER
BVV LICHTENBERG

www.cdu-fraktion-lichtenberg.de

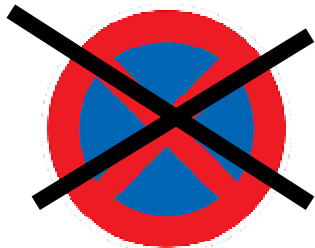
Pressespiegel

Die Berliner Woche vom 24.12.2011 ...

... teilt mit, dass die Fraktionen der SPD und CDU in der BVV Lichtenberg einen Antrag der Grünen unterstützen, die neuen Bezirksverordneten auf eine eventuelle Stasi-Mitarbeit überprüfen zu lassen. Eine Forderung, die von der Linken als „albern“ (Fraktionschef Petermann) bezeichnete. Die SPD hält dies in einem Bezirk wie Lichtenberg, in dem sich immer noch Stasi-Mitarbeiter organisieren, dennoch für notwendig. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Gregor Hoffmann warf in der Diskussion der Linken eine „innige Nähe“ zum alten System vor.

In ihrem Wochenend-Extra Silvester 2011 / Neujahr 2012 schreibt die Berliner Morgenpost ...

... dass die Initiative der Lichtenberger CDU-Fraktion, die Straßenbahnzüge auf den Linien M 5 und M 6 zu verlängern, jetzt Erfolg hatte. Wie der Fraktionsvorsitzende Gregor Hoffmann angab, teilte die BVG mit, diese Linien künftig mit den neu bestellten 40 Meter langen Fahrzeugen bestücken zu wollen.



Die Berliner Morgenpost vom 05.01.2012 informiert darüber, dass ...

... das Lichtenberger Ordnungsamt künftig nicht mehr einschreitet, wenn Autos an ungenutzten Gehwegüberfahrten halten oder parken, die nur vorsorglich für künftige Planungen angelegt wurden. Das Verbot gelte aber wieder, wenn die Funktion als Gehwegüberfahrt in Kraft trete. Der CDU-Fraktionschef Gregor Hoffmann wertete die Entscheidung als unbedingt positiv, denn der „bisherige Formalismus hat damit ein Ende“.

Pressemitteilungen der CDU-Fraktion

BIM darf HWR Standort in Lichtenberg nicht gefährden - Essenversorgung soll gesichert werden

23.01.2012

»Die Beteiligung des Studentenwerkes am Standort der HWR in Lichtenberg muss gesichert werden. Die Essenversorgung von ca. 5000 Studenten ist zu berücksichtigen. Eine zusätzliche Ergänzung des Essensangebotes durch weitere Unternehmen soll zulässig werden und die Mieterrechte am Standort sollen gegenüber dem BIM verdeutlicht werden. Diese kurz genannten Bedingungen sind erforderlich, um den fatalen Eindruck, den die BIM in einem Verwirrspiel mit dem Hochschulstandort hinterlassen hat, aus der Welt zu schaffen. Die BIM als Dienstleister darf nicht zur Standortgefahr werden.«

Am Standort der HWR ergaben sich Verzögerungen beim Auszug der Verwaltungsakademie. Mieterrechte sollen durch neue Mietverträge der BIM nicht optimal gesichert werden. Hochschulöffnungszeiten sind weder flexibel noch studentengerecht und die Kantine wurde geschlossen.

Die CDU hat mit der DS 120/VII vom Bezirksamt Lichtenberg gefordert in dieser Sache bei den zuständigen Stellen für eine Lösung der Problemlagen einzutreten.

Extremismusklausel nicht abschaffen; denn: »Demokratie und Freiheit müssen jeden Tag neu verteidigt und neu erkämpft werden.«

23.01.2012

»Die CDU-Fraktion in der BVV Lichtenberg lehnt die Abschaffung des Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratische-Grundordnung – auch Extremismusklausel genannt – ab und fordert von allen demokratischen Kräften, sich für diese aktiv einzusetzen.«

Das Bekenntnis ist wie folgt formuliert: Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Träger der geförderten Maßnahme haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.

Ulf Radtke: »Es gibt keinen guten und es gibt keinen schlechten Extremismus. Dieses Bekenntnis ist eine Demokratieschutzklausel. Jeder freie Träger, der öffentliche Mittel beantragt, soll im Rahmen seiner Möglichkeiten auf die Verwendung der öffentlichen Mittel achten, dass diese nicht extremistischen Organisationen oder Projekten zufließen. Für Demokratie muss geworben und gegen extreme gesellschaftliche Strömungen verteidigt werden. Im Bezirk Berlin Mitte wurde durch SPD und CDU Ende 2011 beschlossen, dieses durch Beschluss der vormaligen rot-roten Koalition nicht angewandte Bekenntnis im Bezirk einzuführen.«

Senat soll Schlaglochanierung mit Sonderprogramm für die Bezirke fortschreiben!

16.01.2012

»Die Erhaltung der Infrastruktur muss realisierbar bleiben. Der Senat soll erkennen, dass die Beibehaltung eines Sonderprogramms zur Erhaltung der Infrastruktur auf den Verkehrswegen dringend erforderlich ist. Die CDU hat daher einen entsprechenden Antrag eingebracht. Auch wenn die Schäden angesichts der Witterung nicht in gleichem Umfang vorliegen, wie in den Vorjahren, reichen die bisherigen finanziellen Mittel zur Beseitigung aller Schäden nicht aus. In Lichtenberg fehlen insgesamt mindestens 2 Mio. EUR.«

Der Bedarf wird durch die zuständige Fachabteilung auf ca. 4 Mio. EUR geschätzt. Investitionen sind dort nicht eingerechnet. Dabei sind derartige Maßnahmen zwingend erforderlich, wie beispielsweise die Ortsdurchfahrt Malchow verdeutlicht.

CDU-Fraktion freut sich über Förderung der HTW

10.01.2012

Mit großer Freude vernahm Gregor Hoffmann, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der BVV Lichtenberg, die Mitteilung, dass die HTW Berlin im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms für die Hochschulen mit über 5 Millionen Euro berücksichtigt wird. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt insgesamt bundesweit rund 2 Milliarden Euro bis 2020 für bessere Studienbedingungen zur Verfügung.

»Die HTW ist ein großartiges Aushängeschild für unseren Bezirk. Für die lokale Entwicklung in Lichtenberg ist diese Förderung eine weitere Chance, die Attraktivität des Bezirks zu steigern«, zeigt sich Hoffmann hoch erfreut. Die Mittel werden nun vor allem für die Optimierung des internen Ablaufs, die effiziente Kooperation zwischen den Fachbereichen und für eine noch bessere Lehre eingesetzt.

Investitionsmaßnahme Ober-/Orankesee: CDU-Fraktion wirbt um Bürgerbeteiligung

04.01.2012

Die Baumaßnahmen am Ober-/Orankesee rufen bisher nur wenig Begeisterung bei den benachbarten Anwohnern hervor. Für Gregor Hoffmann, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, gibt es für diese Tatsache eine plausible Erklärung: »Regionales Interesse und Engagement wird nur dann erzeugt, wenn die Bürger in der Planung und Gestaltung von Investitionsmaßnahmen beteiligt werden«. Für das weitere Vorgehen am Ober-/Orankesee wirbt die CDU-Fraktion daher beim Bezirksamt um die Einberufung einer Bürgerplattform.

»Ich bin überzeugt, dass eine bürgernahe und transparente Begleitung der Maßnahmen in Hohenschönhausen das Vertrauen der Anwohner in die Politik stärken wird. Eine Bürgerplattform würde neben der Möglichkeit zur intensiven Kommunikation auch für die Nachvollziehbarkeit der baulicher Entscheidungen sorgen«, begründet Hoffmann die Notwendigkeit der bürgerlichen Mitwirkung bei den weiteren Gestaltungsmaßnahmen am Ober-/Orankesee.

Bezirksamt sucht neue Schiedsperson

Bei Hausfriedensbruch, Beleidigung oder Bedrohung müssen nicht immer die Richter am Amtsgericht bemüht werden. Bevor es zu einer Privatklage kommt, kann ein sogenanntes Sühneverfahren bei einer Schiedsperson durchgeführt werden, die sich dann bemüht, den Streit zu schlichten. Jetzt sucht das Bezirksamt für den Schiedsbezirk 6 (etwa zwischen Nöldnerplatz und Friedrichsfelde-Ost) ab Mai 2012 eine neue Schiedsperson. Mehr Informationen gibt es beim Bezirksamt unter **Telefon 902 96 78 00** oder auf der Internetseite des Bezirksamtes unter <http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/buergerservice/lebenslagen/lebenslagen005.html>. Bewerben können sich Interessierte zwischen 30 und 70 Jahre, mit Wohnort in Lichtenberg. Dazu sollte eine kurze Bewerbung mit Lebenslauf und Lichtbild **bis zum 23. März 2012** beim Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Abteilung Bürgerdienste, Ordnungsangelegenheiten und Immobilien – Amt für Bürgerdienste –, 10360 Berlin, eingereicht werden.

Aus den Ausschüssen

__SCHULE UND SPORT

- Einer Schulgründung am Malchower Weg 54 (Integrierte Sekundarschule) wird zugestimmt.

__GESCHÄFTSORDNUNG, EINGABEN UND BESCHWERDEN

- Der Ausschuss für Geschäftsordnung hat sich darauf geeinigt, unmittelbar nach Eingang von Beschwerden und nicht erst nach der nächsten Ausschusssitzung die notwendige Stellungnahme des Bezirksamtes einzuholen. Das führt zu einer zügigeren Bearbeitung der Bürgeranliegen.

Anträge der CDU-Fraktion für die Bezirksverordnetenversammlung

DS/0099/VII - Beleuchtung des Fußgängerübergangs am Bhf. Hohenschönhausen

Der Fußgängerübergang am Bhf. Hohenschönhausen Richtung Linden-Center soll stärker beleuchtet werden, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Begründung:

Der Bahnhof Hohenschönhausen ist der Knotenpunkt im Norden des Bezirks Lichtenberg. Er wird nicht nur als S-Bhf. genutzt, sondern es halten dort auch die Straßenbahnlinien M4 und M17, die Buslinien X54, 154, 197 und 256 sowie Regionalzüge. Der Bahnhof Hohenschönhausen wird täglich von mehreren tausend Fahrgästen frequentiert. Eine bessere Beleuchtung ist daher zwingend notwendig, um das Sicherheitsgefühl der Fußgänger und Autofahrer zu gewährleisten.

DS/0100/VII - Straßen- und Schlaglochanierung – CDU fordert mehr Aktivität für die Infrastruktur

Das Bezirksamt wird ersucht sich beim Senat für die Fortsetzung des Programms zur Straßen- und Schlaglochanierung auch im Jahr 2012 einzusetzen.

Begründung:

Auf den Straßen sind neben noch nicht vollständig beseitigten Schäden aus dem vergangenen Winter bereits neue Schäden entstanden. Da eine Verschlechterung der Witterung in diesem Winter nicht auszuschließen ist, kann mit weiteren Schäden gerechnet werden, was weitere Sanierungen erforderlich machen wird.

DS/0041/VII - Öffentliche Grillplätze schaffen

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, an welchen Stellen in Lichtenberg zusätzliche öffentliche Grillflächen in Parkanlagen zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung:

Im Bezirk gibt es bisher nur drei öffentliche Grillplätze. Der Bedarf ist in der warmen Jahreszeit aber wesentlich höher. Gleichzeitig wird an vielen Stellen im Bezirk illegal gegrillt und der anfallende Müll nur unzureichend entsorgt. Sogar in Parkanlagen, wo es einen öffentlichen Grillplatz gibt, wie bspw. im Fennpfuhl, ärgern sich die Anwohnerinnen und Anwohner über Müllansammlungen durch illegales Grillen. Daher soll geprüft werden, wo in Lichtenberg zusätzliche Grillplätze eingerichtet werden können.

DS/65/VII - Transparenz und Bürgerbeteiligung bei Baumaßnahmen stärken - Temporäre Bürgerplattform für die Investitionsmaßnahme Ober- und Orankesee

Das Bezirksamt wird ersucht, mit Beginn des Jahres 2012 eine temporäre Bürgerplattform für die Investitionsmaßnahme Obersee/Orankesee einzuberufen. Eine organisatorische Unterstützung des Gremiums soll durch das Bezirksamt gesichert werden. Die Fraktionen der BVV und örtliche Aktive (Kiezbeiräte, BI etc.) sollen bei der Berufung beteiligt werden. Das Bezirksamt wird gebeten, der BVV bis 31.3.2012 zu berichten.

Begründung:

Das Bezirksamt hat der BVV die DS 1781 /VI zur Kenntnis gegeben in der es heißt:

„Das Bezirksamt hat die Bildung von Baubeiräten für Investitionsmaßnahmen von öffentlichem Interesse beschlossen. Aufgabenschwerpunkte sollten die Begleitung von baulichen Aufwertungsmaßnahmen und Beratung des Bezirksamtes unter Gender-Mainstreaming-Aspekten und die Mitwirkung an der Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit sein.“ Die genannten Kriterien treffen für die Baumaßnahme am Ober-/Orankesee zu – dennoch zeigte die Diskussion im Umweltausschuss, dass der Begriff des Baubeirates in Lichtenberg in der Praxis anders besetzt ist, deshalb soll er hier nicht verwendet werden. Wir wollen eine bürgernahe und transparente politische Begleitung von Maßnahmen. Bürgerbeteiligung, Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen der Fachebene und eine intensive Kommunikation der Ergebnisse sollen die neue Politik des Hauses verdeutlichen. Eine transparente Kommunikation der Details von Baumaßnahmen soll diesen Prozess unterstützen, um mehr Menschen zur Mitwirkung von örtlichem Engagement motivieren.

Termine

13. Februar 2012, 19.00 Uhr
27. Februar 2012, 19.00 Uhr

Sitzungen der CDU-Fraktion Lichtenberg
Rathaus Lichtenberg, Raum 7,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

16. Februar 2012, 17.00 Uhr

Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung
Lichtenberg in der Aula der Max-Taut-Schule,
Fischerstr. 36, 10317 Berlin

Sprechstunden der CDU-Fraktion

Rathaus Lichtenberg, Raum 6, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

Dienstag 15.30 bis 17.30 Uhr

Freitag 10.00 bis 13.00 Uhr

Kontaktdaten

Unsere **Postanschrift** lautet: *Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin*
Fraktion der CDU
Möllendorffstr. 6
10367 Berlin

Ansprechpartnerin ist unsere Fraktionsgeschäftsführerin Susann Herrmann.

Wenn Sie unsere **Sprechstunde** besuchen möchten, so finden Sie uns im Rathaus Lichtenberg (Adresse wie Postanschrift) im **Raum 6** zu den oben angegebenen Zeiten oder nach telefonischer Vereinbarung.

Sie erreichen uns unter der Telefonnummer

030-5588875,

unter der Sie uns auch ein Fax senden können. Unsere E-Mail-Adresse lautet

post@cdu-fraktion-lichtenberg.de

Wenn Sie sich per Internet über uns informieren möchten, so geht dies über

www.cdu-fraktion-lichtenberg.de

Sollten Sie diese Bürgerinfo nicht mehr erhalten wollen oder meinen, nur versehentlich in unseren Verteiler geraten zu sein, so bitten wir Sie um Verzeihung und darum, dass Sie uns dies über unsere E-Mail-Adresse **post@cdu-fraktion-lichtenberg.de** mitteilen. Wir werden Sie dann so schnell wie möglich aus unserem Verteiler nehmen.

V.i.S.d.P.:

CDU-Fraktion Lichtenberg, Gregor Hoffmann, CDU-Fraktionsvorsitzender
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin, post@cdu-fraktion-lichtenberg.de